

1. Der Schulausschuss beschließt, dass vor weiteren Schritten zur Gemeinschaftsschule die noch offenen Fragen zur Gesamtschule durch die Firma Komplan dezidiert beantwortet werden. Gegebenenfalls ist der Untersuchungsauftrag hinsichtlich des zusätzlichen Infrastruktur- und Ausstattungsbedarfs für eine Gesamtschule zu erweitern.

2. Der Schulausschuss beschließt ferner, nach Klärung des Sachverhaltes zur Gesamtschule politisch zu entscheiden, ob das bereits grundsätzlich vom Rat festgelegte Ziel der Errichtung einer Gesamtschule an der oberen Sieg - in welcher Trägerschaft ist dabei offen - noch weiter verfolgt werden kann und soll.

3. Sollte eine Gesamtschule nicht umgesetzt werden können, werden Ministerium und Bezirksregierung eingehend zur Gemeinschaftsschule befragt.

An der Zusammenstellung dieser praxisrelevanten Fragen sollen neben den Fraktionen auch die betroffenen Schulleitungen und Elternvertretungen mitwirken.

Anmerkung:

Die politischen Vertreter in der Arbeitsgruppe werden nachfolgend benannt.

4. Im nächsten Schritt sollen Eltern, Lehrer, Erzieher und Eitorfer Unternehmer fundiert und sachlich durch Schulträger/Experten über die Gemeinschaftsschule informiert werden. Ziel ist es, für ggf. notwendige weitere Schritte eine breite Zustimmung zu erhalten. Bewusst soll dabei über die vom Ministerium geforderte Elternbefragung von Grundschulkindern hinausgegangen werden.

5. Erst nach Abschluss dieses transparenten Entscheidungsfindungsprozesses kann eine sachlich und fachlich fundierte politische Entscheidung zur zukünftigen Schulentwicklung für Eitorf und die angrenzenden Gemeinden getroffen werden.

Die Arbeitsgruppe kann ihre Arbeit parallel zu den vorstehenden Aufträgen/Maßnahmen aufnehmen.